Gemeindereferendum: Vorstoss im Nationalrat

In der Herbstsession hat Nationalrat Stefan Müller-Altermatt die parlamentarische Initiative «Gemeindereferendum auf Bundesebene» eingereicht. Auf der SGV-Website können Gemeinderatsmitglieder ihre ideelle Unterstützung zusichern.

Vor rund einem Monat plädierten Reto Lindegger, Direktor des Schweizerischen Gemeindeverbandes (SGV), und Andreas Müller, Projektleiter Miliz beim SGV, dafür, ein Gemeindereferendum auf Bundesebene einzuführen (siehe «Schweizer Gemeinde» 9/17). Die Forderung stiess schweizweit auf mediales Echo. Nun wird die Diskussion auf politischer Ebene geführt. In der im Nationalrat eingereichten parlamentarischen Initiative wird vorgeschlagen, den Bundesverfassungsartikel über das fakultative Referendum wie folgt zu ergänzen: «Verlangen es 50 000 Stimmberechtigte, *200 Gemeinden aus 15 Kantonen* oder acht Kantone innerhalb von 100 Tagen seit der amtlichen Veröffentlichung des Erlasses, so werden dem Volk zur Abstimmung vorgelegt: (...)»

In vielen Bereichen findet heute ein direkter Durchgriff des Bundes auf die Gemeinden statt. Verlieren die Gemeinden ihren Gestaltungsspielraum, können sie auch ihre staatspolitischen Funktionen nicht mehr erfüllen: Das Milizsystem wird in seinen Grundfesten erschüttert.
Artikel 50 der Bundesverfassung verpflichtet den Bund, bei seinem Handeln die möglichen Auswirkungen auf die Gemeinden zu beachten und dabei auf die besondere Situation der Städte, Agglomerationen und Berggebiete Rücksicht zu nehmen. Mit dem Gemeindereferendum würde die Bundesverfassung auf sinnvolle Weise ergänzt: Kommunale Organe hätten bei einer Bundesvorlage, durch welche die Gemeinden ihre Gestaltungsfreiheit bedroht sähen, eine (abwehrende) Einflussmöglichkeit. Das Stimmvolk könnte entscheiden, ob es dem Erlass des Bundesparlaments zustimmt oder ob es den Gemeinden recht gibt. *pb*

Weitere Informationen:
www.tinyurl.com/gemeindereferendum

Ideelle Unterstützung für das Gemeindereferendum

Mitglieder von Gemeindeexekutiven, welche den Vorschlag unterstützen, ein Gemeindereferendum auf Bundesebene einzuführen, können dies auf der Website des SGV kundtun. Und zwar unter dem folgenden Link:
www.tinyurl.com/gemeindereferendum

SGV in Post-Arbeitsgruppe

Bundespräsidentin Doris Leuthard hat eine Arbeitsgruppe eingesetzt, welche die Diskussionen über den Zugang zur postalischen Grundversorgung begleiten wird. Dabei gehe es insbesondere um einen engeren Einbezug von Bevölkerung, Behörden und Wirtschaft im Zusammenhang mit dem Umbau des Poststellenetzes sowie um ihren Bedarf nach Postdiensten, wie das Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation mitteilte. Der Arbeitsgruppe gehören mit Gustave Muheim, Vizepräsident SGV und Syndic von Belmont-sur-Lausanne, und Reto Lindegger, Direktor SGV, auch zwei Vertreter des SGV an. Der SGV hatte sich jüngst gegenüber der Post für einen Einbezug der Gemeinden auf Augenhöhe und für mehr Spielraum bei der Erreichbarkeitsregelung eingesetzt. Zudem hat er erfolgreich darauf hingewirkt, dass die Geheimhaltungspflicht in den Verhandlungen abgeschafft wird. *pb*

Marktdynamik nicht bremsen

Der Bundesrat hat Anfang September die Botschaft zur Teilrevision des Fernmeldegesetzes verabschiedet. Der SGV bedauert, dass damit die ursprünglich für eine zweite Revisionsetappe vorgesehene Thematik der Zugangsregulierung ohne breite Konsultation in den Gesetzesentwurf aufgenommen worden ist. Er hatte in einem Schreiben an Bundespräsidentin Doris Leuthard beliebt gemacht, vorerst auf eine technologieneutrale Zugangsregulierung zu verzichten, da der Infrastrukturwettbewerb gut funktioniert. In den vergangenen Jahren wurde ein enormer technologischer Fortschritt erzielt. Dies ist für die wirtschaftliche Entwicklung der Agglomerationen, des ländlichen Raums und der Berggebiete von höchster Bedeutung. Es ist dem SGV ein grosses Anliegen, dass diese Marktdynamik erhalten bleibt. Unerwartete Regulierungsschritte bringen positive Investitionsoffensiven wie diejenige der Swisscom mit grosser Wahrscheinlichkeit ins Stottern. *pb*

Treffen Grenzgemeinden

Dorfläden, die schliessen, Jobs, die verloren gehen, Ortskerne, die an Attraktivität einbüssen: Viele Schweizer Grenzgemeinden leiden unter dem Einkaufstourismus. Um der Negativspirale Einhalt zu gebieten, findet am 18. Oktober in Kreuzlingen – die Stadt am Bodensee spürt die Auswirkungen des Einkaufstourismus ebenfalls stark – das erste Treffen des Netzwerks Grenzgemeinden statt. An der Veranstaltung, die der SGV mit Unterstützung der Stadt Kreuzlingen organisiert, werden neben Gemeindevertretern auch Vertreter der Migros und der Zollverwaltung teilnehmen. Ziel ist es, Erfahrungen und Ideen auszutauschen, mögliche Handlungsfelder zu definieren und eine gemeinsame Strategie gegen den Einkaufstourismus zu entwickeln. *pb*

Weitere Informationen:
www.chgemeinden.ch